



## 40 JAHRE ORTSTAFELSTURM

Im „heißen“ Herbst 1972 probte der kämpferische Deutschnationalismus den Aufstand gegen zweisprachige topografische Aufschriften. Der Historiker Alfred Elste dokumentiert Facetten des Terrors auf der Straße und spricht dabei ein bedrückendes Kapitel Kärntner Geschichte an.

Printausgabe Montag, 8. Oktober 2012

# 40 Jahre Ortstafelsturm: "Burschen, die Tafeln müssen weg!"

Im "heißen" Herbst 1972 eskalierte der ethnische Konflikt zum "Ortstafelkrieg". Gesteuert und organisiert brach sich ziviler Ungehorsam Bahn. *Teil eins der dreiteiligen Serie.*

Der 10. Oktober 1972. "Ein guter Morgen? Aus dem Radio vernimmt man kernige Stimmen, ein Major gibt große Töne von sich, rauher Jubel, und man assoziiert dazu die Fernsehbilder von den zweisprachigen Ortstafeln, die in Südkärnten umgerissen werden. Man erlebt die Manifestationen einer Mehrheit und fühlt zwangsläufig mit der Minderheit", so ein Kommentar in einer Tageszeitung.

Es war in der Nacht zum 10. Oktober. Eine "Blechlawine" von etwa 200 Fahrzeugen - dirigiert von einem Lautsprecherwagen - fuhr aus Richtung Ferlach kommend durch das Rosental talaufwärts. Auf der Hollenburg, dem Ausgangspunkt, war ein Mann in den Fokus gerückt: Max Jessenitschnig, Major der Reserve, Kommandant des 3. Bataillons des Landwehrregimentes Nr. 211. Er redete den Demonstranten ins Gewissen, die Tafeln

**Im Anschluss an die Serie ERGÄNZUNG durch KHD**

*Dokumentation über*

**Protestkundgebung**

**am 15. Oktober 1972 in Klagenfurt**

bei der Demontage nicht zu beschädigen und danach bei der Landesregierung abzuliefern. Anders gesagt: Jessenitschnig hielt Befehlsausgabe, erteilte in militärischer Manier Order, mit abgeblendetem Scheinwerferlicht zu fahren, in der Kolonne entsprechende Abstände einzuhalten, Sicherheitsbeamte nicht zu insultieren. Angepeilt wurden die zweisprachigen Ortstafeln von Mühlbach und St. Jakob, die man auseinandernahm und abtransportierte. Allein: Jessenitschnig beteiligte sich an der Vorführung des Rechtsstaates, verstieß gegen das Versammlungsgesetz, wegen "boshafter Sachbeschädigung" sprach ihn die Justiz frei.

Die Kampagne war einer der Höhepunkte des "Schildersturms", der sich gegen die Kriterien der Auswahl richtete, die 205 Kärntner Ortschaften und Weilern Zweifach-Namen bescherten. Bis Anfang Januar 1973 sollte keine der per Gesetz verordneten zweisprachigen Ortstafeln mehr stehen. 412 Fälle von Sachbeschädigungen bzw. Beseitigungen von Ortstafeln wurden registriert.

Die Vorgeschichte. Im November 1971 hatte Landeshauptmann Hans Sima (SPÖ) im Kärntner Landtag angekündigt, den Absatz 3 des Artikels 7 des Staatsvertrages von 1955 verwirklichen zu wollen: "Ich sage es hier ganz deutlich, es wird unser Bestreben sein müssen, in absehbarer Zeit eine Lösung zu suchen und zu finden, mit der wir der Verpflichtung des Staatsvertrages, auf die unsere slowenischen Landsleute in Kärnten mit Recht pochen können, erfüllen." Vor außenpolitischen Implikationen warnend: "Der Druck der öffentlichen Meinung in Slowenien habe einen Grad erreicht, der die Gefahr ernster Verstimmungen mit dem Nachbarland heraufbeschworen habe. Würde man noch weiter warten, könnte leicht der Zeitpunkt eintreten, wo die Schwierigkeiten noch größer wären als heute."

Kritiker ätzten, das "zusammengeschluderte" Gesetz vom 6. Juli 1972, das mit dem Votum der Sozialisten mit 90:87 Stimmen durch den Nationalrat "gepeitscht" wurde, desillusioniere und vergräme beide, Minderheit wie Mehrheit. Was den einen zu wenig war, ging den anderen zu weit. Dieses Gesetz erfülle den Staatsvertrag nicht. Es sei weder für die Minderheit akzeptabel noch für die Mehrheit tolerabel - monierte Wolfgang Mayrhofer (ÖVP), Zweiter Präsident des Kärntner Landtages. Politische Beobachter konstatierten, der "Entwurf" Simas "gefährde den inneren Frieden" und lasse "alte Traumata der 'Reslowenisierung' bzw. 'Germanisierung' virulent werden". Schuld trage die Regierung in Wien: "Dank ihrem plumpfingerigen Genestle belebte sich die schein tote Minderheitenfrage zum Minderheitenproblem, erwachten nationalistische Gefühle zu unliebsamem Leben, gedieh Wirtshausgaudi im Kärntner Unterland" zu ernster Bedrohung oder - wie es Außenminister Rudolf Kirchschräger (SPÖ) betroffen formulierte - "zur Gefährdung österreichischen Ansehens in der Welt".

Eine Aktion sei analytisch aufgeschlüsselt. St. Kanzian: Gravitationszentrum der Unruhe, ein Sammel- und Ausgangspunkt das Gasthaus Rabl. Zwei Fahrzeugkolonnen, die auf 150 Pkw anwachsen, wälzten sich am Abend des 25. Oktober zu den Zielobjekten in Obersammelsdorf und Grabelsdorf.

Gendarmerie-Berichte vermitteln ein Bild exzessiver Aktionen und widerlegen die These der Gewaltlosigkeit. Zehn Sicherheitsbeamten standen an der Abzweigung nach Obersammelsdorf geschätzte 300 Demonstranten gegenüber. Angeführt von Vitus Jesse,

SPÖ-Bürgermeister von St. Kanzian. Offenbar angestachelt von seinem Zuruf - "Burschen, die Tafeln müssen weg!" - geriet die Lage außer Kontrolle. Den Mahnruf des Einsatzleiters, "Im Namen des Gesetzes", den Hinweis auf die Strafbarkeit des Verhaltens und die Aufforderung, die Demontage zu unterlassen, übertönte die teilweise alkoholisierte, "johlende Menge" mit höhnischem Gelächter, Pfuirufen, Beamten-Beleidigungen, Unmutsäußerungen gegen Bundeskanzler und Landeshauptmann. Mit Fußtritten, Stößen, Schlägen drängte die außer Rand und Band geratene "Volksmenge" die Beamten ab und entriss dem Einsatzleiter gewaltsam einen Rädelsführer.

An der Abzweigung nach Grabelsdorf ein ähnliches Szenario: Aktivisten, die den Wegweiser und die ihn schützenden Beamten eingekreist hatten, begannen mit der Zerlegung. Dabei stieß ein Aktivist einen Beamten zur Seite, er wurde gefasst und festgehalten. In diesem Moment erhielt der Beamte zwei Schläge versetzt. Mit Gewalt entriss man den Aktivisten aus den Händen der Beamten und verhinderte so die Abführung. Unerkannt tauchte er in der Menschenmenge unter.

Der "Ortstafelsturm", bagatellisierend als "weingeschwängelter Auswuchs alpenländischer Folklore belächelt", war - plakativ gesprochen - zum "Ortstafelkrieg" mutiert.



Printausgabe Dienstag, 9. Oktober 2012

## "A klaner Hitler g'herat her ..."

Nach Aufstellung erster zweisprachiger Ortstafeln schnellte der Gewaltpegel nach oben. Gesetzliche Regelverletzungen kulminierten vor den Augen der Sicherheitsorgane. *Teil zwei der dreiteiligen Serie.*

Die Kampagnen begannen in der Nacht zum 22. September 1972. Mit Ölfarben und Sprühlack machten Unbekannte slowenische Ortsbezeichnungen unleserlich. Wie ein Flächenbrand weiteten sich die Aktionen aus. Die Handschrift blieb dieselbe: Verwendung von Farben und Lack, Ortstafeln und Wegweiser die Ziele. Dann wurde erstmals der Bogen überspannt. Von Gewaltlosigkeit und begrenzter Regelverletzung konnte nicht mehr die Rede sein: Zuerst demontierte man Ortstafeln, danach explodierten Sprengkapseln auf einem Wegweiser. Eine Bombendrohung sorgte für Panik. Das Ziel: die slowenische Haushaltungsschule in Völkermarkt-St. Ruprecht.

Nach Schätzungen der Sicherheitsdirektion hätten sich in der Nacht des 10. Oktober in den Bezirken Klagenfurt, Völkermarkt und Villach an den "Demonstrationsfahrten" 600 Fahrzeuge beteiligt. Kärntens oberste Sicherheitsbehörde machte deutlich, dass sich abgesehen von der Demontage zweisprachiger Ortstafeln im Verlauf der

Demonstrationen "keine Zwischenfälle" ereigneten. Das festigte den bis in die Gegenwart nicht allein vom "Kärntner Heimatdienst" (KHD) tradierten Mythos, die "zweifelloso gesetzwidrigen Aktionen" seien "äußerst diszipliniert (. . .) durchgeführt" worden. Zu "Ausschreitungen, geschweige denn zu Tötlichkeiten gegen die slowenische Bevölkerung" sei es nirgendwo gekommen. Von "antislowenischen Exzessen" der "spontan entstandenen Gruppen von Deutschkärntnern" konnte keine Rede sein, "wie dies (. . .) außerhalb Kärntens tatsachenverfälschend behauptet" wurde. "Die tief verwurzelte Sorge um die Zukunft der Heimat" war "Triebkraft" des "Ortstafelsturms", nicht "antislowenische Aggressionen", reminiszierte Obmann Josef Feldner.

Diese Darstellung klammert politisch unliebsame Fakten aus. Nur wenn wir das Gesamtbild des Geschehens ins Blickfeld nehmen, wird eine adäquate historische Erklärung möglich. Unwiderlegbar ist: In erster Linie galten die Aktionen den Ortstafeln. Es muss aber auch die "Verwilderung" der politischen Sitten mitbedacht werden. Wie etwa in Annabichl, wo es vor und nach der offiziellen Feier zum 10. Oktober 1972 zu Demonstrationen, wüsten Beschimpfungen und lautstarken Missfallensbekundungen gegen die Person des Landeshauptmannes gekommen war. Ein Randalierer bestürmte Hans Sima (SPÖ) mit den Worten "A klaner Hitler g'herat her". Erboost entgegnete der Bedrängte: "Seids ihr denn alle deppert worden?" Zu Tötlichkeiten war es zwischen einem Demonstranten und dem Dritten Präsidenten des Kärntner Landtages, Hans Pawlik (SPÖ), gekommen, "der mit einer Ohrfeige gegen den Mann vorging und einige Boxhiebe versetzt bekam". Telefonisch unterrichtete Sima Bundeskanzler Kreisky von den Vorfällen. Dieser erwiderte: "Ich weiß, Du hast jetzt einen schweren Gang, Du musst aber hart bleiben. Wo kämen wir hin, wenn wir dem Terror der Straße nachgeben. Das Gesetz ist beschlossen; wir sind ein Rechtsstaat und wir müssen auf dem Boden der Gesetze handeln."

Die Regierung Kreisky geriet unter Druck. Auch deshalb, weil die Protagonisten der Slowenen einmütig erklärten, die Problematik zu internationalisieren. Kreisky war gezwungen zu beruhigen, "um keine internationalen Komplikationen heraufzubeschwören". Eine Informationskonferenz in der Arbeiterkammer Klagenfurt sollte Abhilfe schaffen, die Parteigänger sollten auf Linie gebracht und auf das Ortstafelgesetz verpflichtet werden.

Als Bundeskanzler und Landeshauptmann, umgeben von Parteifunktionären und Kriminalbeamten, die Arbeiterkammer verlassen wollten, begannen Gegendemonstranten zu drängen. Der Polizei war es kaum möglich, den Ausgang freizumachen. Die Situation wurde bedrohlich, als ein Mann den wartenden Demonstranten zurief: "Schreit's gleich ?Heil Hitler', ihr seid alle Nazis." Als man Kreisky empfahl, die Arbeiterkammer durch einen rückwärtigen Ausgang zu verlassen, rief er erzürnt: "Ein österreichischer Bundeskanzler verlässt ein Haus nicht durch's Hintertürl." 1983 sollte er sich an die Geschehnisse vor der Arbeiterkammer erinnern: "Die sind mit zerbrochenen Ortstafelschildern auf mich losgegangen. Reine Nazis. Tausende Leute. Die größte nazistische Demonstration, die ich erlebt hab' nach dem Krieg." Dass die Demonstranten mit zerbrochenen Ortstafeln den Bundeskanzler attackiert hätten, sei "gröbste historische Verfälschung", entkräftete Leopold Wagner (SPÖ), ehemals Landesrat. "Das ist ja gar nicht wahr, ich bin ja neben ihm gestanden, ich hab' ihm ja ins

Auto hineingeholfen. Es war ja so, dass wir 2800 rote Brüder dort waren und 200 Demonstranten, die zwar von Verrat der österreichischen Interessen geschrien haben, aber es ist zu keinen wie immer gearteten Exzessen gekommen."

Dem kommunistisch orientierten Sprachrohr "Kladivo" nahestehende slowenische Studenten erwogen sogar, eine "Schutztruppe", "notfalls auch bewaffnet", zur Abschirmung der zweisprachigen Ortstafeln aufzustellen.

Die These, "Tafelstürmer" seien exkulpiert, slowenische "Tafelschmierer" strafrechtlich belangt worden, ist so nicht haltbar. Anfang 1973 berichtete Kreisky von 355 Strafverfahren infolge von Ortstafeldemontagen. Dennoch: Die Nachsicht gegenüber slowenischen Aktivisten hatte zur Folge, dass auch bei "Tafelstürmern" Wohlwollen geübt und für die überwiegende Mehrheit das mildere Gefilde des Verwaltungsstrafrechts zum Tragen kam. Juristen nahmen das Wort vom "indirekten Gnadenakt" in den Mund. Nicht zuletzt betonte Landeshauptmann Sima, "Kärnten könne in der Ortstafelfrage keine Märtyrer brauchen". Evident wird allerdings eines: Der Rechtsstaat ist durch die Kampagnen auf die Probe gestellt worden.

Morgen: "Ein neuer Abwehrkampf mit geistigen Waffen"



Printausgabe Mittwoch, 10. Oktober 2012

## "Ein neuer Abwehrkampf mit geistigen Waffen"

Nächtlicher Terror auf Straßen, Mord- und Bombendrohungen, ein Sprengstoffanschlag. Welche Hand führte Regie? Welche klandestinen Netzwerke zogen die Fäden? *Letzter Teil der dreiteiligen Serie.*

Hier spricht ein heimattreuer Kärntner, wenn von Ihnen weiter die Ortstafeln überwacht werden, fliegt der erste Hochspannungsmast in die Luft. Nehmen Sie das zur Kenntnis", drohte ein Anrufer dem Beamten am Gendarmerie-Posten Eisenkappel. In Bleiburg ließ eine weibliche Stimme wissen: "Hier spricht eine heimattreue Kärntnerin, ich möchte nur melden, dass heute der Stoff gezündet wird, den uns Sima und Kreisky bereitgelegt haben." Am 25. Oktober 1972 ging über Notruf bei der Bundespolizeidirektion Klagenfurt die anonyme Warnung ein, "gegen Sima werde ein Attentat verübt. Melden Sie dies weiter!" In der Zeit zwischen Ende September und Anfang November 1972 war eine überbordende Zunahme nie aufgeklärter Bomben- und Morddrohungen zu beobachten.

Wird man jemals in der Frage einig sein, wer den "Ortstafelsturm" verantwortete und hinter den Kulissen die Fäden zog? Allein KHD-Obmann Josef Feldner bekämpfte Unterstellungen, wonach der "Kärntner Heimatdienst" organisatorisch in den "Ortstafelsturm" involviert gewesen sei, erfolgreich mit gerichtlichen Klagen. In den 1970er-Jahren sei es allen Beteiligten klar gewesen, erklärte der ehemalige Innenminister Erwin Lanc (SPÖ), dass "der 'geistige Widerstand' gegen die Ortstafeln im Kärntner Heimatdienst konzentriert war".

Wenige Tage vor Beschlussfassung des "Ortstafelgesetzes" organisierte der KHD eine der geistigen Mobilmachung dienende Protestkundgebung in Ferlach, die in einem Appell an die Kärntner Vertreter im Nationalrat gipfelte: "Treffen Sie keine Regelung, die nicht die tatsächlichen ethnischen Verhältnisse zur Grundlage hat und treffen Sie keine Regelung, die zufolge erwiesener Mängel eine gefährliche Reibungsfläche zwischen dem deutschen Mehrheitsvolk und der slowenischen Minderheit darstellt! Können Sie es verantworten, in Hinkunft als Wegbereiter einer Entwicklung in Kärnten zu gelten, die weder Sie noch wir als am Frieden im Lande Interessierte wollen?"

Im Vorfeld berichtete die Staatspolizei, KHD-Protagonisten, ein Bezirksobmann der ÖVP und Vertrauensmann des KHD für das Rosental sowie mehrere Angehörige des "Kärntner Abwehrkämpferbundes" hätten den Beschluss gefasst, "dass gegen die beabsichtigten doppelsprachigen Aufschriften für 205 Ortschaften in Südkärnten ein Gegenpol geschaffen werden muss". Bereits im April 1972 hatte KAB-Obmann Siegfried Sames proklamiert, "einen neuen Abwehrkampf (. . .) mit geistigen Waffen" auszutragen.

Bundeskanzler Bruno Kreisky bezeichnete FPÖ und Norbert Burgers rechtsradikale NDP als Drahtzieher der Aktionen. Pragmatisch urteilte Oskar Peterlunger, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit: "Die Behauptungen, wonach es sich bei den 'Ortstafelstürmern' um Faschisten und Nazisten handle, seien schlichtweg falsch und stellen einen Selbstbetrug dar. Rechtsextremisten seien am Konflikt interessiert, sie sind aber nicht die Initiatoren."

Die Quellen zeigen: Aktivisten und Rädelsführer kamen aus allen drei Parteien, also SPÖ, ÖVP und FPÖ. Nicht zuordenbar ist die breite Masse der Claqueure. Kontrovers ist die Rolle von Bürgermeister Vitus Jesse (SPÖ). Allenthalben leistete er "psychische Beihilfe", die Taxierung als "Agent provocateur" steht im Raum. Sicherheitsorgane und Justiz nahmen zwar Jesses Auftritte und radikal zelebrierte Politik aufs Korn, sie klammerten aber - vermutlich in Unkenntnis - einen Aspekt aus: den Eintrag in der Evidenz des jugoslawischen Geheimdienstes.

Dass lokale ÖVP-Frontleute und Bauernbündler als Rädelsführer verwickelt gewesen seien, ist anzunehmen: Siegfried Peteln, Gemeinderat der ÖVP in St. Kanzian, hätte, unterstützt von ÖVP-Bauernbundobmann Josef Hofmayer, zur Gewalt gegen die Ortstafeln aufgerufen. Auch Studentenkorporationen hätten sich am Marsch durch das nächtliche Kärnten beteiligt. Allen gemeinsam war: Das deutsche Kärnten mit Zähnen und Klauen gegen das kommunistische Jugoslawien zu verteidigen. Das Motiv für die Ablehnung zweisprachiger Ortstafeln entspringe, kommunizierte Oskar Peterlunger, so unverständlich dies klingen möge, "einer echten 'Angst' vor einem Anschluss Südkärntens an Jugoslawien".

In der aufgeheizten Atmosphäre des "Ortstafelkrieges" schleuste Titos Geheimpolizei vier Agitationsgruppen mit dem Auftrag ein, die Spannungen zwischen Minderheit und Mehrheit in Kärnten und im Burgenland zu verschärfen. Angeblich operierten die drei in Kärnten eingesetzten Gruppen erfolgreich. Zum Einsatz sei auch ein Sprengkommando gekommen, das den Auftrag hatte, durch einen Anschlag die Kluft zwischen beiden Bevölkerungsgruppen noch weiter zu vertiefen. Höchstwahrscheinlich mit Legenden ausgestattete und gedungene Handlanger der jugoslawischen Geheimpolizei beteiligten sich Indizien zufolge an der gewaltsamen Entfernung zweisprachiger Ortstafeln. So geschehen in Mühlbach und St. Jakob.

Mitten in dem durch anonyme telefonische Mord- und Bombendrohungen angespannten Klima der Angst detonierte bei St. Kanzian ein auf einem Hochspannungsmast angebrachter Sprengsatz. Österreichs oberster Sprengstoffexperte befand in seiner Expertise: Die Anbringung der elektrischen Zündungsanlage weise darauf hin, dass der Hersteller der Sprengladung im Kreise von Bastlern zu suchen sei, die sich mit Flugtechnik und Funksteuerung beschäftigen. Schwer wogen diese Indizien: Zwei Kärntner Slowenen hätten sich den Sprengstoff durch Verbindungen nach Jugoslawien beschafft. Vom militärischen Sprengstoff TNT war die Rede, der in einem Fahrzeug mit jugoslawischem Kennzeichen nach Österreich gebracht worden sei.

Anklage wurde keine erhoben. Sachbeweise und schlagende Verdachtsmomente reichten offenbar nicht aus. Es hieß: In Anbetracht der sensiblen politischen Lage sei bei Ermittlungen "auf staatspolitische Erwägungen unbedingt Bedacht zu nehmen". Mit anderen Worten: Aus Gründen der Staatsräson sollte nicht "zu tief gebohrt" werden.

Ende der Serie